

„Aus dem Größten heraus“

Expertentagung. Der Euro ist sicher, sagt der OeNB-Chef. Aber Gefahr der „Blasenbildung“

VON RAFFAELA LINDORFER

Die gute Nachricht zuerst: Der Euro ist gesichert. Da waren sich die rund 200 Fachleute aus der Finanz- und Wirtschaftswelt einig, die Mittwoch und Donnerstag beim Spängler Iqam Invest Forum in Salzburg tagten. Unter ihnen der Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB), Ewald Nowotny. „Wir sind aus dem Größten heraus“, meinte er.

Problematisch sei aber das lang anhaltend niedrige Zinsniveau. Warum Geld anlegen, wenn es praktisch keine Zinsen dafür gibt? Droht Österreich eine Deflation (also eine Spirale aus sinkenden Preisen und Löhnen mit folgender Rezession), wie sie in fünf Ländern der Eurozone (u. a. Italien) bereits eingetreten ist? Für Österreich gilt das mit der EU-weit höchsten Teuerung wohl nicht. Die Europäische Zentralbank (EZB) macht sich trotzdem Sorgen.

Abwärtszog

Aber was kann die EZB tun? Wenig, meinte Nowotny nüchtern. In Wahrheit könne sie nur auf Preisstabilität setzen. Mittelfristig strebt die EZB für Preisstabilität und Wirtschaftswachstum



Moderator Helmut Brandstätter mit OeNB-Chef Ewald Nowotny

eine Inflationsrate von knapp zwei Prozent an. Der Euroraum ist aber weit davon entfernt. Ein weiterer Faktor für die Abwärtsspirale ist der Wechselkurs zum US-Dollar, aktuell 1,37. Importe von außerhalb der Eurozone werden billiger, die Spirale dreht sich weiter nach unten.

Am 5. Juni findet die nächste EZB-Sitzung statt. EZB-Chef Mario Draghi hat dafür schon angekündigt, im Kampf gegen eine zu lange Phase tiefer Inflation auch „unkonventionelle Instrumente einzusetzen“.

Eine Möglichkeit wäre, so der OeNB-Gouverneur, den Leitzins, der bereits mit 0,25 Prozent auf einem Rekordtief ist, weiter zu senken – womöglich sogar auf 0,1 Prozent. Im Raum steht auch, dass die EZB einen Negativzins einführen könnte. Das heißt: Banken müssten ei-

nen „Strafzins“ zahlen, wenn sie Geld bei der EZB parken. Das soll die Kreditvergabe und damit Konjunktur und Inflation ankurbeln.

Platz die Aktienblase?

Aufgrund niedriger Zinsen, so meinen die Experten, wachse die Gefahr einer Aktien- und Immobilienblase. Wie das enden kann, habe der Untergang von Lehman Brothers 2007/2008 gezeigt.

Kritik an Österreich kommt vom Chef des wirtschaftsliberalen Thinktanks Agenda Austria, Franz Schellhorn: Die Regierung habe es verschlafen, das niedrige Zinsniveau für Reformen und Investitionen zu nutzen, sagte er. „Die Firmen schauen, was die Regierung tut. Und da tut sich leider wenig Investitionsanregendes.“ Das Signal sei derzeit: „Europa ist bald nicht mehr ‚the place to be‘.“

Tägliche Einkäufe verteuerten sich im April um 3,5 Prozent

Inflation. Milch und Brot, Käse und Eier: Beim täglichen Einkauf im Supermarkt macht sich der Preisschub für Haushalte derzeit besonders stark bemerkbar. Während die allgemeine Teuerung im April dank Sprit-Verbilligung gegenüber März unverändert bei 1,7 Prozent verharrte, kostete der im Mikrowarenkorb zusammengefasste tägliche Einkauf gleich um 3,5 Prozent mehr als vor einem Jahr.

Einen überdurchschnittlichen Preisanstieg gab es erneut bei den Wohnungsmieten mit 3,6 Prozent – noch vor den bei vielen Mieten fälligen Inflations-Anpassungen Anfang Mai. Und auch das Handy hat als Preisdämpfer ausgedient. Die Grundentgelte legten durch Preiserhöhungen der Mobilfunger gleich um 18,7 Prozent zu. Billiger wurden im Jahresabstand neben den Treibstoffen auch Fernsehgeräte.

Im EU-Vergleich verzeichnete Österreich gemeinsam mit Rumänien die höchste Inflation. Beide Länder meldeten eine harmo-

VERBRAUCHERPREISE

Veränderung zum Vorjahr in Prozent



April 2013–April 2014

April Juli Okt. Jan. April

TEURER/BILLIGER

zum Vorjahr in % – Auswahl

Handy Grundentgelt	+18,7 ▲
Zigaretten	+4,5 ▲
Wohnungsmiete	+3,6 ▲
Fernseher	-8,5 ▼
Wahlarzt, Zahnarzt	-8,1 ▼
Superbenzin	-2,6 ▼

KURIER Grafik Quelle: APA/Stat

nisierte Teuerungsrate von 1,6 Prozent nach Brüssel. Die durchschnittliche EU-Inflation betrug im April 0,8 Prozent. Eine Deflation von mehr als einem Prozent verzeichneten Griechenland und Bulgarien.